



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Eigenverantwortung anerkennen – von der Maskenpflicht zur Empfehlung im ÖPNV

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die COVID-Infektionslage in Bayern stabil ist.

Deswegen wird die Staatsregierung aufgefordert, die in § 2 Abs. 1 Nr. 1 17. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) normierte Maskenpflicht in Verkehrsmitteln des ÖPNV sofort abzuschaffen und den bayerischen Bürgern auch in diesem Bereich ihre Eigenverantwortung zurückzugeben.

Begründung:

Die Corona-Infektionslage ist stabil, die gemeldeten COVID-19-Fallzahlen sinken kontinuierlich, ebenso wie die Hospitalisierungsrate und die Belegung der Intensivbetten durch bestätigte COVID-19-Fälle in bayerischen Krankenhäusern. Mit der Aufhebung der Isolationspflicht in Bayern wurde ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Normalität durch die Staatsregierung vollzogen. Die Staatsregierung sollte schon jetzt die Maskenpflicht im ÖPNV aufheben und konsequent bei den Ministerpräsidenten und Gesundheitsministern der anderen Bundesländer für eine flächendeckende Aufhebung der Maskenpflicht im ÖPNV werben. Bereits heute zeigt sich, dass die bayerischen Bürger das Tragen von medizinischen Masken z. B. in Innenräumen oder bei Menschenansammlungen individuell handhaben. Die Zeit pauschalierter Einschränkungen sollte im öffentlichen Nahverkehr einem Empfehlungspragmatismus weichen, der die Verantwortung für das eigene Gesundheitsrisiko wieder dem Bürger selbst überträgt.